

**Sitzungsvorlage**  
**Antrag**

Nr.: 2016/277

|                                                                                                      |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.02.2016 zum Thema<br/>"Schulentwicklung im Nordkreis"</b> |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------|

|                                       |            |                |
|---------------------------------------|------------|----------------|
| Ausschuss für Schule, Bildung, Kultur | 09.02.2016 | <b>TOP 2.4</b> |
| Kreisausschuss                        | 15.02.2016 | <b>TOP</b>     |



SPD-Fraktion im Kreistag  
Lüchow-Dannenberg  
Vorsitzender  
Hauptstraße 131a  
29490 Neu Darchau  
☎ 05853 1329  
☎ 03222 3713900  
✉ Klaus-PeterDehde@t-online.de

K.-P. Dehde Hauptstraße 131a 29490 Neu Darchau

09.02.2016

Antrag zum TOP 2 Sitzung des Schulausschusses am 09.02.16 und zum KA am 15.02.

**Gute Schule für Lüchow-Dannenberg**

**I.**

Der Schulentwicklungsprozess der letzten Wahlperiode war an einer Reihe von Punkten mangelbehaftet. So war die Elternbefragung so gestaltet, dass sich für jede erdenkliche Position eine Bestätigung finden ließ, ohne tatsächlich zu greifbaren Ergebnissen zu finden. Gleichzeitig wurde der Investitionsstau insbesondere im Schulzentrum Dannenberg immer größer.

Der Kreistag hat durch den Abschluss des Zukunftsvertrages mit dem Land Niedersachsen die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass nunmehr erhebliche Investitionen getätigt werden können.

Um nunmehr diese dringend erforderlichen Investitionen auf den Weg bringen zu können, muss geklärt sein, welche Anforderungen an die neuen Gebäude gestellt werden müssen. Dazu gehört auch die Klärung der Schulform. Gute Schule setzt voraus, dass alle an Schule beteiligten, insbesondere die Lehrerinnen und Lehrer aktiv mitwirken und sich einbringen. Gegen diese lassen sich Veränderungen nicht erfolgreich umsetzen.

## II.

Elternbefragungen müssen so konkret gefasst werden, dass die Ergebnisse eindeutig sind. Fragebögen mit mehr als zwei denkbaren Alternativen sind auszuschließen.

Umfassende Informationsveranstaltungen zu den verschiedenen Schulformen (Gymnasium, Oberschule, Haupt- und Realschule und Gesamtschule) sind ausschließlich für Eltern bzw. Erziehungsberechtigten von schulpflichtigen oder demnächst schulpflichtigen Kindern wohnortnah durchzuführen.

Neben den Befragungen der Eltern sind Umfragen unter den Kollegien der von möglichen Veränderungen unmittelbar betroffenen Schulen durchzuführen.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

entfällt

---